

Saale-Zeitung.

Lebensundbrechtiger Jahrgang.

Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
regelmäßiger Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., an alle Zustellungs-
stellen. Bestellungen werden von allen
Postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter Nr. 6555 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:

Max Schare in Halle.

Verantwortung von 10% der Zeit.

(Gesetzlicher Redaktions-Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.)

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder deren
Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit
20 Pf. berechnet und in der Expedition,
von untern Kleinanzeigen und aller
Annoncen-Expeditionen angenommen,
welchen die Seite 75 Pf.
Erhalten wesentlich profitorisch;
Sonntags und Feiertags extra,
sonst normal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Nr. 4.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 3. Januar

1903.

Saat und Ernte.

Je näher an die Regierung die Aufgabe heranrückt, das
Volk von einer gewalttätigen Reichstagsmehrheit in die Hand
gegebene Zolltarif-Instrument auf seine Verwendbarkeit hin
zu prüfen, desto weiter wird allenthalben das Interesse
daran, ob es ihr wohl gelingen wird, die deutschen Handels-
beziehungen zum Auslande denjenigen Operationen zu unterwerfen,
welche die hochgeschätztesten Interessen der Bevölkerung des
Inlandes bei ihrer Arbeit im Sinne haben. Auch die
Vollziehung nicht mit uns und dem größten Teile des Volkes der
Meinung sind, daß es an Hand des beschlossenen Tarif-
entwurfs gar nicht möglich sei, neue Verträge zu verein-
baren, fangen an, Bedenken zu hegen, ob es der Regierung
gelingen wird, für ihre etwaigen Handelsvertrags-Gewinne,
mögen dieselben inhaltlich gestaltet sein, wie immer sie
wollen, eine Mehrheit im neuen Reichstage zusammen-
zubringen, denn sie sagen sich nicht zu Unrecht,
daß bei Beratung der Handelsverträge erst die
Interessen der einzelnen Kreise und Parteien, die
jetzt lediglich zurückgedrängt wurden, um zunächst zu
einem Entschluß zu kommen, mit voller Gewalt zusammen-
zupressen werden, und sie wissen zu gut, daß die heterogene
Gesaltung dieser Interessen in ihrer Gesamtheit ein Kom-
pensations-Verhältnis herbeiführt. Für sie muß es
eher so sein, wie für die Gegner des Tarifs seitdem, daß die
ausländischen Regierungen, gleichviel ob sie in Petersburg,
in Wien, in Rom oder sonstwo ihren Sitz haben, keinen
Augenblick daran denken werden, um des Größtens des
Großen Willen willen etwa ihre heimische Produktion
gegenüber der deutschen Agrarier oder Gewerksinnlichen zu
opfern, sondern von vornherein kann das Bestreben jeden
Staates, bei den Verhandlungen für sich die größtmöglichen
Vorteile herauszuschlagen, als ganz selbstverständlich an-
genommen werden.

Daraus ergibt sich ohne weiteres von selbst, daß die
dem kommenden Reichstage vorzuliegenden Handelsverträge,
wenn es zu solchen kommen sollte, wesentlich anders
gestaltet sein werden, wie es der famose neue deutsche
Zolltarif voraussetzt. Ausland wird ebensoviele
gewinnen, wie seine reichliche Produktion an Korn und Vieh
zurückbringen zu lassen, wie Österreich-Ungarn, Italien
aber hat ein lebhaftes Interesse daran, seinem Korn- und
Gartenbau das günstigste und lebendige deutsche Abnehmer-
land voranzutreiben zu lassen, wie unsere heimischen
Agrarier das verlangen. Mit den übrigen Staaten, wie
der Schweiz, Rumänien, Amerika usw. wird es ähnlich sein
und allezeit werden sie eben so wie auf Ausland entschlossen
sein, ihre speziellen Handelsinteressen durchzusetzen und ent-
schieden zu verfolgen, wie die deutschen Handelsbeziehungen
zum Auslande viel zu weitgehend geworden sind, als daß
die Regierung dieselben unbedenklich lassen könnte. Man
wird also überall Konzessionen machen müssen, wenn man
Verträge zustande bringen will und zwar seitens Deutsch-
lands gerade an den Punkten, an denen die jetzigen Mehr-
heitsparteien am empfindlichsten sind, bei den Getreide- und
den Viehpreisen, sowie bei den Zöllen auf landwirtschaftliche
Produkte überhaupt. Jetzt dieser Fall ein — und er ist
unausweichlich — denn Graf Bülow in Verträge zustande
bringen will — dann stellt sich die Regierung einer anderen
Parteienkonstellation im Reichstage gegenüber, als es die war,
welche gemäß dem Antrag Kardorff den Zolltarif gutheiß-
te, und es wird, darin stimmen wir durchaus dem Verfasser
eines feiner in der „Deutschen Revue“ zum Ausdruck
gelangten Briefes an, die Regierung vielleicht genötigt sein,
mit Hilfe der gewiß wieder leicht auf die entgegengelegte
Seite umfallenden Nationalliberalen sowie anderer Parteien
die Bildung einer neuen Majorität zu versuchen, die unter
Umständen in vollem Widerspruch mit der
jetzigen Majorität stehen wird.

Ob dieser Versuch gelingen wird, steht freilich auf einem
anderen Blatte. Man braucht sich nur die Mehrungen
der Preise aus der letzten Zeit, die die die und da auf Ver-
sammlungen aus in der Presse hindurchgegangenen Meinungen
eineser Parteiführer ins Gedächtnis zurückzurufen und sofort
wird man zu ganz anderen Schlüssen gelangen, daß die
Regierung ganz besondere Schwierigkeiten zu
überwinden haben wird, will sie demnachst ersten, was in
den ersten Dezemberwochen ausgesetzt wurde. Das die auf
der linken Seite des Reichstages stehenden Parteien nur
Handelsverträge gutheißten werden, die jeden hochschüt-
zlichen Charakters entbehren wird, bedarf keiner be-
sonderen Bemerkung, darüber wird sich auch die Regierung
um flauen sein und sie wird sich ferner sagen, daß die Linke
zum Grundbede einer ablehnenden Mehrheit werden kann,
sobald auf Seiten der Mehrheitsparteien die eine oder
andere Gruppe ablenkt. Die „Deutsche Revue“ meint
freilich, die Linke müsse und werde logischerweise
jedem Handelsverträge zustimmen, der niedrige Zölle
als der neue Zolltarif enthält, aber die Legit vermag wohl
nur Herr Klapper zu ergründen, der bald genug zur
Heberrückung kommen wird, daß die linksstehenden Parteien
nur für Handelsverträge zu haben sind, die sich auf den
Nahmen bewegen, die L. S. Graf Caprivi mit den jetzt bei
Anbildung entgegengelegten Verträgen eingeschlagen hat.
Auf der rechten Seite die Einigkeit weniger fest, das
daß für sorgen schon die agrarischen Parteien groß sein,
die sich im ganzen Lande umherstreifen und ihren Anhang
schon zu machen suchen gegen jeden Vertrag auf der Grundlage
des beschlossenen Zolltarifs. Dabei wird ihnen mancher
Garn geben, der im Dezember für den Antrag Kardorff
gehimmt hat, nur, um die Regierung in die Lage zu ver-

legen, einen Schritt weiter zu tun nach dem Ziele des
„Schutzes der nationalen Produktion“ hin. Insbesondere
dürften die Sozialisten, also die, welche sich von
der Partei des Herrn v. Kardorff scheiden, der agrarischen
Opposition manche Unterstützung zuführen, das verrät die „Revue“,
„denn, die kein Jota von den Tarifzinsen und Kaufzinsen ab-
lassen will, die im Zolltarif Aufnahme fanden. Ohne dem
wird es aber nun einmal nicht geben, und da es, wie schon
ausgesprochen, in der Natur der Handelsinteressen der Nachbar-
staaten liegt, daß die landwirtschaftlichen Bölle in erster
Linie zur Kompensierung herangezogen werden, dürfte es
schon so kommen, wie dieser Tage ein anderes konservatives
Organ erklärte, daß nämlich Graf Bülow sich schwer er-
reicht, wenn er etwa glaubt, mit dem Antrag Kardorff die
deutsche nationale Produktion im Saale seiner Handelsverträge
zu haben. Jede Konzession an die mit uns im Vertrags-
verhältnis stehenden Staaten, die von dem Zolltarif in
seiner jetzigen Fassung abweicht, wird die Gegenseitigkeit der
neuen Handelsverträge vermehren; was die Konservativen
zur Annahme veranlassen könnte, vermag das Zentrum
zurückzuführen, und so ist eine ganze Reihe von
Vorteilen gegeben, die sich jetzt noch gar nicht übersehen
lassen. Im wesentlichen dürfte die Bedingung zutreffen,
welche die „Revue“ des Handelsvertrags-Bereins“ auf-
stellt, der Meinung ist, daß für jeden von der Regierung
vorgeschlagenen Vertrag vorläufiglich die meisten National-
liberalen, wahrscheinlich auch die Freikonserverativen und ein-
zelne Mitglieder anderer Parteien stimmen werden. Die
Bilder aber keine Mehrheit. Verträge, welche im wesentlichen
den bisherigen entsprechen, würden von den Mehrheits-
parteien abgelehnt werden. Solche, die nur bei den
Getreidepreisen eine erhebliche Herabsetzung des Höchstzolls
bringen, werden durch den vereinten Widerstand von rechts
und links fallen. Rückstuf auf Annahme haben daher im
gegenwärtigen Reichstage nur sehr „agrarische“ Handels-
verträge. Diese würden aber vermutlich für unsere Industrie
gänzlich wertlos sein, und es darf doch billig bezweifelt
werden, ob die Regierung, welche die Handelspolitik zu
treiben, oft und stark genug betont hat,
solche Verträge vorlegen wird.“

Was den letzteren Zweifel anbetrifft, so vermögen
wir ihn nicht ganz zu teilen. Graf Bülow hat
gerade, daß er nicht der Mann der Stempel
ist; er nimmt seinen „Erfolg“ daher, wo er
ihn bekommen kann, und misst das selbst auf Kosten der
nationalen Interessen großer deutscher Erwerbszweige sein.
Für ihn gibt es im weiteren Verfolg der Handelsvertrags-
politik nur das eine Ziel, die Ernte einzubringen von
der Saale, die er im Zolltarif ausgesprochen hat, und wenn
er auch bald genug zu der Erkenntnis kommen muß, daß
der Boden, auf dem er zu ernten hofft, durchaus unfrucht-
bar ist, dann wird er doch bis zum letzten Augenblicke auf
sein diplomatisches Geschick vertrauen. Nicht ihm doch eine
Führerschaft, die zu erobern der Diplomat schon den
Staatsmann hinteransetzen kann. Von dem Staatsmann
Bülow hat man bisher nirgends eine große Meinung
gehabt, dem Diplomaten Bülow aber dürften seine Kräfte
aller Voraussicht nach diesmal nicht gelingen. Sch.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

* Ueber eine Reihe des Kaisers nach Stalien wird gemeldet:
Nach einem Briefe Bericht der „Rein. Ztg.“ erhielt das Kaiser-
paar „St. Peter“ Bescheid, im Februar nach Neapel zu
gehen, wo angeblich der Kaiser entsetzt wird. Die „Soh-
nen-Ztg.“ wird für die Kaiserreise nach Stalien angesetzt
und soll dem „St. Peter“ am 1. März die Fahrt nach dem
Mittelmeer antreten.

* Der Kronprinz wird, wie die „Rein. Ztg.“ auf seiner
Reise nach Stalien von dem Kommandeur des 1. St. Regi-
mentars in St. Peter-Regiments Nr. 6 Kaiser Nikolaus II. von Rus-
land begleitet sein.

* Wie das „Wiener Echo“ mitteilt, wird sich die
Kronprinz von Sachsen mit seinen fünf Kindern demnachst
zu längerem Aufenthalt nach Wien begeben.

* Kronprinzessin Luise von Sachsen soll nach Privatmitteilungen
aus Hof ihren Anwalt Vachal mit der Abfassung eines
Verwandschaftsbestraht haben, worin ihre Lage an
Preschenen Hofe und die Verhältnisse ihrer fünf ge-
schiedener werden sollen. Die Kronprinzessin und Prinz haben
für sechs Monate eine kleine Villa in Genä gemietet.

Die Gerüchte über die Stellung des Kaisers widersprechen
sich unaussprechlich. Jetzt soll der Kaiser den Prinzen Max
von Sachsen demnachst heiraten, eine Verbindung des
Kronprinzen von Sachsen mit seiner Gemahlin verheißt.
Prinz Max habe dem Kardinal Rampolla telegraphisch, er ge-
horche dem Antrage des Papstes, der Antrag habe aber nicht
die geringsten Ansichten auf Erfolg.

Eine ärgliche Unklarheit hat zur Erklärung der Tat der
Kronprinzessin auf ihre in Aussicht stehende Wiedermit-
gliederung und angeblich, daß man am Kaiserlichen Hofe die
Wißheit gehabt hätte, angesichts dieses Aufwandes der
Kronprinzessin Luise für die größte Anzucht und die möglichste
Schonung entgegenzubringen. Die ärgliche Stimme, die gewiß
große Beachtung verdient, erkundet weiter davon, daß die Kron-
prinzessin in solcher Folge fünf Kindern des Lebens geschenkt
habe, verbunden mit der Schwangerschaft, nach einer
schlechten Erregung, wie sie zur Ausbuchtung der Frucht an-
genommen werden müsse, durchaus erklärlich, und man dürfte
dieses Moment bei Beurteilung der Angelegenheit keineswegs
übersehen dürfen.

* Adolf Woermann teilt heute in Gesellschaft des
Vertrags von Medlenburg eine dreimonatliche Abfah-
re an.

Die katholisch-theologische Fakultät in Straßburg.
Das Abkommen zwischen Rom und Berlin über die Erziehung
einer katholischen theologischen Fakultät an der Universität
Straßburg findet in einem Artikel der „Christlichen Welt“ auf
der Feder ihres Herausgebers, Forster Martin Rabe, folgende
bemerkenswerte Beurteilung:
„Schon man, daß Straßburg, 1872 neu gegründet, die
modernste unter unseren deutschen Universitäten ist, so er-
kennt man leicht, wie sehr sonderbare und schwierige Aufgabe
für gestellt ist, den Nach- und Nächstes dieser Neubildung zu
verarbeiten. Denn man mag das Schlagwort von der Voraus-
setzungslosigkeit der Wissenschaft, oder der Unvergleichbarkeit
wissenschaftlicher, mit anderen Worten, kritischen Vorlesung und
wissenschaftlichen, ist doch ein ungeheurer Unterschied zwischen den weltlichen,
schulmäßigen, klassischen, stillen und ruhigen Voraus-
setzungen“, die sonst den Betrieb der wissenschaftlichen Arbeit
begleiten, und solchen der brutalen Macht einer ungeheuren
Vorlesung, wie sie als Gegenstand der neuen Straßburger
Fakultät vom Staat offen anerkannt wird. Man kann nicht
umhin, diese Form seiner Zugeständnisse freiges zu beurteilen
als seine fortgesetzte Duldung der altbekannten katholischen
Fakultäten. Das jüngste Glied der Straßburger Univer-
sität ist durch dieses Abkommen nicht der seiner Bildung nur
zu sehr als ein Fremdkörper im Organismus der
modernen Universität gekennzeichnet, und man darf gewiss
sein, wie der Kampf der wissenschaftlichen mit der kirchlich
approbierten Arbeit, ein Kampf der Autoritäten und der
Methoden, gerade in Straßburg sich künftig abspielen wird.“
Diese Spannung stellt man in allen wissenschaftlichen Kreisen.
Es wird sich bald genug herausstellen, daß man in Berlin die
Ergebnisse der dem Vatikan gemachten Zugeständnisse gar nicht
erkannt hat.

* Der „Post. Ztg.“ wird über die Erneuerung der Handels-
verträge aus Rom geschrieben:
Ein Mitglied der Regierung erklärte, Stalien sei für ein
Duell auf dem Boden der Handelsverträge bereit
gestimmt. Den Forderungen der Kontrahenten werde es die
feinigen entgegenstellen, die in der Außenpolitik befehen
Sachen für die beginnende Industrie in Italien und Österreich
haben keine Gleichsetzung ihrer gewöhnlichen Ansätze zu er-
warten, um so weniger, als das dortige Exporte eine ent-
sprechende Gegenmaßregeln Stalien, das seine Trübsal
herausfordere. Auch eine Erhöhung der Eingangszölle für
italienische Rohmaterialien werde man nicht zugeben.
Ein Privatgespräch mehr dagegen der „Post. Ztg.“ aus Mailand:
Der deutsche Reichstag hat die alsbaldige Forderung
seiner Unterhändler an Rom an, zur Vermeidung über
den deutsch-italienischen Handelsverträge.

In einem Teil der Presse war wiederholt von einem un-
vergleichbarkeiten zwischen dem Finanzminister Freilinger
v. Meibach und Minister Wudde die Rede. Bedeut-
sam Forderungen des Reichsministers hinsichtlich Ver-
besserung und Vermehrung der Verkehrsmittel sollten, wie es
heißt, auf Widerstand im Finanzministerium gestoßen sein.
Die „Neue Politische Korrespondenz“ glaubt in der Lage zu sein,
Verständlich zu können, daß derartige Differenzen, die an
sich nicht zu vermeiden wären und sich zwischen den ver-
schiedenen Ministerien stets ergeben werden, nimmend in einer
Zurechtweisung der Staatsfinanzen und des Verkehrsweins mög-
lichst gleich und gerecht abwägenden Weise beseitigt sind.
Der Staatshaushalt wird das Nähere erweisen.

Dem „N. Z.“ schreibt man aus London, in journalistischen
Kreisen zirkuliere das Gerücht, daß die „Times“ für eine
Bildermission nach Wien zu beabsichtigen sei, nachdem es
auch mit ihrer Hauptaufgabe in der Haltung nicht gelungen sei,
sie wieder in die Höhe zu bringen. Die italienische Deputa-
tion werde die Verlesungskampagne, welche die „Times“ in
den letzten Jahren gegen die deutsche Politik getrieben hat,
hätten also ihren Mann nicht gefunden, wenn auch die Mel-
dung des Berliner Blattes sich beaufschlagt, woran wir noch
einmaligen zweifeln.

* Zum Regierungspräsidenten in Amberg an Stelle
des als Landeshauptmann der Rheinprovinz ausgetretenen
Dr. Heubert ist nach der „Rein. Post.“ Oberpräsident
Dr. v. Goltz von der Provinz in Koblenz auszuwählen.
Die „Rein. Post.“ behauptet, daß der voraussichtliche neue
Oberpräsident einer alten rheinischen Familie entstammt und
katholischer Konfession ist.

* Nach der „Rein. Post.“ ist ein vorläufiger unter-
richtlicher Stelle nicht bekannt, daß der Oberpräsident der Rheinprovinz,
Wasse, demnachst zurückzutreten beabsichtigt.

Polenverhältnisse.
* Der Allgemeine Deutsche Militärverband bemüht
sich seit Jahren, gegen den Weltberwerb der Militär-
Mittler, durch den sich die Militärminister in ihren Erwerbs-
Verhältnissen bedrängt fühlen, in Wetitionen an den Reichstag
anzuknüpfen. Die jüngste in dieser Richtung an den Reichstag
gerichtete Wetition ist am Bundesrat geteilt. Dem Präsi-
denten des Bundesrats ist unter 12. Dez. folgender Bericht
des Reichstages zugegangen:
Der Reichstag hat seine Eingabe vom Oktober 1902, bet-
reffend die Konkurrenz der Militärminister mit überleben und
begünstigter Aufhebung der Militärminister für ihre militä-
rischen Leistungen durch die ermäßigten Einkünfte,
welche gewöhnlichen Vermögensgüter zur Verfügung, bezüglich
aller anderen Punkte beibehalten der hauptsächlich be-
treffenden Ministerien zur Verfügung. Demgemäß sind diese
Belastigungen des Reichstages dem Bundesrat vorgelegt worden.
Der letztere hat in der Sitzung vom 27. Nov. d. S. beifolgend,
der Wetition keine Folge zu geben.

* Die zehntägigen Minister haben die Regierungsvorstellungen
angegeben, die Verordnungen und Verordnungen für künftige
in den Punkt streng überwachen zu lassen und bei Festhaltung
von Bundesverhandlungen gegen die Reichsminister des Reichstages

